Zeitschrift: Wechselwirkung : Technik Naturwissenschaft Gesellschaft
Herausgeber: Wechselwirkung
Band: 6 (1984)
Heft: 21

Artikel: Die Grünen im Bundestagsausschuss für Forschung und Technologie
Autor: Hickel, Erika
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-652958

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Erika Hickel

Die Grünen im Bundestagsausschuß für Forschung und Technologie

Das Ressort Forschung und Technologie, dem im Bundestag der entsprechende Ausschuß gegenübersteht, ist in den Augen der Grünen – was die Gestaltung unserer ökologischen und sozialen Zukunft angeht – eines der wichtigsten überhaupt.
Aus diesem Grunde haben wir es nicht ungern gesehen, daß mir gerade in diesem Bundestagsausschuß als einzigem der Vorsitz zufiel.
Damit aber keine Illusionen über die Möglichkeiten, in diesem Ausschuß etwas zu bewirken, aufkommen, seien die Machtverhältnisse dort kurz skizziert: Einem sehr aktiven Minister mit vielen hundert hauptamtlichen Fachbeamten stehen 27 Mitglieder und ebensoviele stellvertretende Mitglieder des Ausschusses gegenüber, von denen jeweils einer der FDP und den Grünen, alle anderen der CDU und SPD angehören.
So schlecht, wie es vom Zahlenverhältnis her aussieht, sind die Wirkungsmöglichkeiten der Grünen allerdings nicht: Von den zahlreichen Abgeordneten der großen Altparteien reden im wesentlichen immer nur der jetzige und der ehemalige Parlamentarische Staatssekretär. Alle anderen schweigen oder treten nur als Beiwerk zu diesen Karrieristen in Erscheinung. Auch dies erscheint mir charakteristisch für die Machtverhältnisse in Bonn: Das Parlament und seine Ausschüsse präsentieren sich uns vor allem als Tribüne, auf der die Auswahl von zukünftigen Regierungsmitgliedern stattfindet. Auch die Themen, über die im Ausschuß debattiert und abgestimmt wird, werden uns im wesentlichen durch die Regierungsvorlagen vorgeschrieben.
Wir haben bisher so gut wie keine Gelegenheit gehabt, unsererseits Themen auf die Tagesordnung zu bringen.
Der Versuch, grüne Positionen zur Forschungs- und Technologiepolitik einzubringen, gleicht einem dauernden Anrennen gegen die Dogmen der Altparteien: Forschungspolitik diene dazu:
- das Wirtschaftswachstum und die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft zu fördern;
- Investitionen und Innovationsschübe hervorzurufen;
- den wirtschaftlichen „Vorsprung" der USA und Japans einzuholen.

Andere Zukunftsperspektiven der Forschungs- und Technologiepolitik werden von den Altparteien niemals in Erwägung gezogen. Vor diesem Hintergrund ist es schon als Erfolg zu werten, wenn neue Reizwörter, die vorher niemandem im Ausschuß geläufig waren, eingeführt und bedacht, manchmal sogar diskutiert werden. So gehört es zu den wenigen Vergnügen, die man in Bonn hat, zu beobachten, wie einige unserer Begriffe, die zunächst mit ungläubigem Staunen oder verächtlichem Lächeln registriert werden, einige Tage später aber schon in den Reden des Ministers – zwar in seinem Sinne verarbeitet – wieder auftauchen. Dazu gehört die Forderung nach „ökologischer und sozialer Verträglichkeit" (z.B. in unserer Kritik an den Großforschungseinrichtungen), der Begriff der „Sackgassentechnologie" (für Atom-, Gen- und Kohleverflüssigungs- bzw. Vergasungstechnologie) ebenso wie die Unterscheidung von „harten" und „weichen" Technologien im Zusammenhang mit Atom- und Biotechnologie.
Es kann keine Rede davon sein, daß das Neuartige am grünalternativen Natur- und Wissenschaftsverständnis hier mit Ausnahme der Plenumsdebatte des Bundestages am 26.1.1984 jemals zusammenhängend hätte dargestellt werden können. Es kann allenfalls erreicht werden, daß Interesse daran geweckt und Aufmerksamkeit auf außerparlamentarische Aktivitäten gelenkt wird.
An drei Beispielen möchte ich verdeutlichen, was die Grünen im Forschungs- und Technologieausschuß erleben und was sie mit Hilfe ihrer Tätigkeit dort in der öffentlichen Diskussion weiterentwickeln wollen:

Die Großforschungseinrichtungen oder: Wie weit kann Kooperation mit anderen Parteien gehen?

Die zwölf Großforschungseinrichtungen des Bundes (GFE) sind bei aller Unterschiedlichkeit in Größe, Forschungsgegenstand, Forschungsschwerpunkt und Industrie-Orientierung für uns Grüne Repräsentanten von
- Zentralismus, Gigantomanie und Hierarchie;
- einseitig kausalanalytischer, mechanistischer und quantifizierender Wissenschaft;
- einseitig Industrie- und „Wachstums"-orientierter, gewalttätiger, sehr oft „harter" Wissenschaft.

Wenn auch einzelne Forschungsschwerpunkte dieser Einrichtungen sich mit ökologischen Problemen befassen (z.B. in der

Kernforschungsanstalt Jülich, die uns dann auch zur Rechtfertigung des Prinzips der GFE vor Augen gehalten wurde), so stehen wir Grünen den GFE doch skeptisch bis ablehnend gegenüber. Wir würden es vorziehen, diese Einrichtungen soweit wie möglich zu dezentralisieren, die Forschungsplanung basisdemokratisch, d.h. unter Mitbestimmung und nicht nur Mitsprache der wissenschaftlichen Mitarbeiter, der Umweltschutzverbände einschließlich der Tierschützer, der Verbraucher und der Arbeitnehmer zu kontrollieren, womit sie eben nicht mehr Großforschungseinrichtungen „des Bundes" wären. Die in unserem Sinne vernünftigen Forschungen in diesen GFE bräuchten nicht „im Großen" betrieben zu werden.
Die „zukünftige Entwicklung" dieser Großforschungseinrichtungen, die der Bundestag beschließen sollte, war demgegenüber auf verbesserte Anpassung der Einrichtungen an Industrie-(Kapital-) Erfordernisse ausgerichtet und in keinem Sinne ökologisch, sozial oder basisdemokratisch orientiert.
Interessant nun, wie die Berichterstatter der Altparteien zu diesem Thema versuchten, die Grünen in dieses Vorhaben einzubinden. Im Forschungs- und Technologieausschuß sei man, so hieß es, der Objektivität von Wissenschaft verpflichtet und nicht Spielball von Interessen wie anderswo; deshalb sei man bisher immer mit Erfolg um Einstimmigkeit bemüht gewesen. Dies müßte auch jetzt noch möglich sein, und wenn wir soviel Wert auf die demokratische Ausweitung der Aufsichtsräte legen würden, so ließe sich vielleicht ein Weg hierzu finden, zumal auch die SPD versuchte, die Aufsichtsräte der GFE auszuweiten.

Viele Stunden Zeit nahm man sich, um mich von Kompromißmöglichkeiten zu überzeugen: Einstimmigkeit wurde anscheinend als ein sehr hohes Gut empfunden. Erst als ich radikaler formulierte, was für uns *„Zielvorgaben unter dem Gesichtspunkt ökologischer und sozialer Verträglichkeit"* für die Großforschungseinrichtungen sein müßten, begann man einzusehen, daß eine Einigung nicht möglich ist. In der Beschlußempfehlung des Ausschusses ist im *„Minderheitenvotum der Fraktion der Grünen"* das Wesentliche an unseren Einwänden korrekt zusammengefaßt. Die Grünen haben damit einen ersten, bisher vergeblichen Vorstoß unternommen, die Mitsprache der wissenschaftlichen Mitarbeiter in den GFE weiterzuentwickeln bzw. zu retten.
Im Ausschuß hat man sich inzwischen daran gewöhnt, daß das Grüne das einzige abweichende Votum bildet, hoffentlich als ein Lehrstück in Sachen Demokratie. Deutlich wurde dies vor allem bei der Haushaltsdebatte.

Haushaltsberatungen zum Etat Forschung und Technologie

Der Antrag der Grünen, vom Etat nur ein Drittel anzuerkennen und den Rest zu streichen bzw. umzuwidmen, wirkte auf die zahlreich anwesenden Beamten des Ministeriums – wie ich später hörte – geradezu aufrührerisch, obwohl die Begründungen für grünes Denken eher banal waren. Dem Etat für die Max-Planck-Gesellschaft und andere verhältnismäßig (!) unproble-

Programm-Spektrum des BMFT-Haushalts '84

Förderbereich (einschließlich der schwerpunktmäßig zugeordneten Forschungseinrichtungen)	Haushalt 1984 in Mio DM	Anteil am BMFT-Gesamthaushalt
Energieforschung und -technologie	2788,4	39,1 %
Forschung und Technik zur Rohstoffsicherung; Werkstoffentwicklung, Wasserforschung	225,2	3,2 %
Meeresforschung und -technik, Polarforschung	171,7	2,4 %
Forschung und Technik im Dienste der Gesundheit, Ernährung und Umwelt	510,2	7,2 %
Humanisierung des Arbeitslebens	100,0	1,4 %
Transport- und Verkehrstechnologien; Bauforschung	258,0	3,6 %
Technische Kommunikation; Informationstechnologien	150,8	2,1 %
Information und Dokumentation	73,8	1,0 %
Administration	51,0	0,7 %
Innovationsförderung (davon 82 Mio DM indirekt-spezifisch)	83,5	1,2 %
Physikalische Technologien; Fertigungstechnik (davon 40 Mio DM indirekt-spezifisch)	100,0	1,4 %
Elektronik (davon 150 Mio DM indirekt-spezifisch)	291,0	4,1 %
Datenverarbeitung (GMD)	58,8	0,8 %
Weltraumforschung und -technik einschließlich DFVLR ohne Anteil für Luftfahrt	810,0	11,4 %
Luftfahrtforschung und -technologie einschließlich DFVLR-Anteil	178,3	2,5 %
Allgemeine Forschungsförderung	605,8	8,5 %
Physikalisch-chemische Grundlagenforschung	669,9	9,4 %
Summe BMFT-Haushalt 1984	7126,4	100,0 %

matische „Grundlagenforschung" wurde zunächst einmal zugestimmt; für den Etat der Meeresforschung (Nordseeverschmutzung!) und der Friedensforschung wurde Erhöhung beantragt. Bei *„Erhöhung der Friedensforschung auf ein Promille des Verteidigungshaushaltes entsprechend 48 Mio. DM"* bekamen andere Ausschußmitglieder fast einen Lachkrampf: Sie konnten sich nicht vorstellen, was mit diesem Geld geschehen sollte. Davon, daß Forschung und Entwicklung eines Konzeptes der sozialen Verteidigung mühsam ist und Geld kostet, haben sie offenbar keine Vorstellung.

Etwa ein Drittel des Haushalts wird in unseren Augen für Prestige- und Militärforschung verwendet und in solchen Mischtiteln versteckt, denen wir nur dann teilweise zustimmen könnten, wenn sie besser aufgeschlüsselt wären. Wir haben daher in der Luft- und Raumfahrt eine Kürzung um 50% beantragt und bei den Elementarteilchenbeschleunigern neue Investitionen zurückgestellt.

Das wirklich Unverantwortliche und Gefährliche am Forschungs- und Technologieetat liegt in unseren Augen in den mehr als zwei Mrd. DM (etwa ein Drittel des Gesamthaushalts), die für Sackgassentechnologien verwendet werden, deren Folgen im besten Falle (Gentechnik) nicht abschätzbar, im Falle der Atomtechnologie aber voraussehbar unbeherrschbar und gefährlich sind. Wir haben beantragt, diese Summen – 2,1 Mrd. für Atom- und Fusionsforschung, 33,2 Mio. für Gentechnologie und 174 Mio. für Kohleverflüssigung und -vergasung – stattdessen zum Umbau des Industriesystems in ökologischer und sozialer Hinsicht bzw. für die dazu notwendigen Forschungen und Entwicklungen auszugeben.

Wir müssen hier offen sagen, daß es uns noch an konkreten Entwürfen darüber fehlt, in welcher Höhe welche Projekte aus welchen ökologischen und/oder sozialen Gründen gefördert werden sollten.

Hier mangelt es entschieden noch an Zuarbeit aus der Basis, Forschungs- und Technologiegruppen, Basisinitiativen und die Bundesarbeitsgemeinschaft der Fraktion müßten schnellstens mit ihrer Arbeit beginnen bzw. sie intensivieren. Vorläufig müssen wir uns den Vorwurf anhören, wir hätten keine konkreten förderungswürdigen Vorschläge, die im BMFT nicht bereits längst bekannt und „aus guten Gründen" abgelehnt worden seien.

Immerhin haben wir in der Begründung für unsere Ablehnung des Haushaltes unsere Gegenvorschläge skizziert und dargestellt, was wir stattdessen mit dem Forschungs- und Technologie-Etat wollen: Wir fordern ein etwa 2,1 Mrd. DM umfassendes wissenschaftlich-technisches Zukunfts-Vorsorgeprogramm zum sozialen und ökologischen Umbau des Industriesystems. Dies soll festgemacht werden an

- selbstorganisierter „alternativer" Produktion;
- Aufstockung des Programms zur Humanisierung der Arbeitswelt (HDA-Programm) auf 300 Mio. DM (statt jetzt 100 Mio. DM);
- neben der Verstärkung des technischen (reparativen) Umweltschutzes an der Entwicklung und Durchsetzung des vorbeugenden Umweltschutzes durch Umstrukturierung der Produktionsabläufe und der Produkte mit dem Ziel, zu geschlossenen Kreisläufen, zum Wiederverwerten von Abfall, zum Energie- und Rohstoffsparen zu kommen;
- Forschungsprogramme zur Umwelttechnologie in diesem Sinne sollen auf 600 Mio. DM erhöht werden (statt 43,5 Mio. DM, die aber vorwiegend dem reparativen Umweltschutz dienen). Wichtig hierbei ist uns, daß die Projektträgerschaft bei derartigen Forschungsprojekten dort liegt, wo auch ein entsprechendes Natur- und Wissenschaftsverständnis sich entwickeln kann, nämlich nicht in erster Linie bei den Großforschungseinrichtungen, sondern etwa beim Umweltbundesamt und vor allem bei den ökologischen Forschungsinstituten;
- in der Förderung der Wissenschaftsforschung, d.h. der Entwicklung von Instrumenten der Forschungslenkung. Hier sehen wir vor allem die große Bedeutung einer noch zu errichtenden Technologiefolgenabschätzung (TFA), die für uns den Charakter einer vorausschauenden Technikfolgenbewertung haben muß und für die wir einen Etat von mindestens 300 Mio. DM forderten.

Dieser zuletzt genannte Punkt wird in unserer parlamentarischen und auch außerparlamentarischen Arbeit in der nächsten Zeit der Schlüsselbegriff sein.

Technikfolgenbewertung: Verantwortung gegenüber der Natur und in der Naturwissenschaft

Die von den Grünen im Bundestag geplanten bzw. vorbereiteten Anträge zur Stillegung der Atomkraftwerke, zur Rückziehung des Entsorgungsberichtes der Bundesregierung, zur Anhörung über Gentechnologie im Bundestag und zur Mikroelektronik stehen und fallen mit der Möglichkeit, die Technologiefolgenabschätzung (TFA) neu zu definieren und zu institutionalisieren.

Wie ich höre, hat der Forschungs- und Technologieausschuß innerhalb von zehn Jahren bereits 13mal den Anlauf genommen, einen Unterausschuß oder eine Arbeitsgruppe zur TFA zu errichten: ohne Erfolg.

Um wenigstens bei der Fusionsforschung nicht wieder das gleiche schreckliche Erwachen zu erleben wie z.Zt. bei der Entwicklung des Schnellen Brüters und des Hochtemperatur-Reaktors, ist nun erneut das Streben im Ausschuß erkennbar, die TFA mit Inhalt und Struktur zu versehen. Bisher wird darunter kaum mehr verstanden als Maßnahmen zur Akzeptanzförderung bei neuen Technologien.

Wir Grünen verbinden mit dem Begriff TFA sehr viel weiterreichende Forderungen. Die TFA auf solch gefährlichen Gebieten wie den eben genannten muß ständig forschungsbegleitend sein, sie muß so weit wie möglich vorausschauend – unter Einbeziehung der antizipatorischen Fähigkeiten auch der jeweiligen Gegner – sein, und sie muß schließlich unter Beteiligung **aller** Betroffenen eine demokratisch legitimierte Bewertung erstellen. Aus dieser Bewertung der Technologiefolgen – der Antwort auf die Frage: Wollen wir diese Konsequenz oder wollen wir sie nicht? – müssen dann Folgerungen gezogen werden, die für die betreffenden Forschungen und Entwicklungen verpflichtend sind.

Wir haben uns im Parlament mit dem Vorwurf auseinanderzusetzen, daß eine derartige vorausschauende Technikfolgenbewertung und Technik-Legitimation das Ende aller Naturwissenschaft und Technik sei. Ich vertrete demgegenüber die Ansicht, daß dies vielmehr die historisch notwendige Weiterentwicklung und (Selbst-)Disziplinierung von Naturwissenschaft und Technik ist.

Diese Art von vorausschauender Technikfolgenbewertung kann selbstverständlich im Parlament allenfalls dann einen Niederschlag finden, wenn sie in der Gesellschaft genügend verankert und entwickelt ist. Davon kann z.Zt. noch keine Rede sein, und es ist sicherlich Aufgabe der grün-alternativen Naturwissenschaftler und Techniker sowie beteiligter Wissenschaftsforscher, hier eine Praxis der Technologiefolgenbewertung zu entwickeln, an der wir uns im Parlament orientieren können.

An den Beispielen der Atomtechnologie, der Gentechnik und der Mikroelektronik wird sich erweisen, ob die außerparlamentarische Wissenschaftskritik konkret und bewußt genug arbeitet, damit wir im Parlament Konsequenzen daraus ziehen können.